

Wilhelm Krull

Zurück zum Glück?

Wege und Irrwege aus der geschlossenen Gesellschaft

*„Pour ce qui est de l'avenir,
il ne s'agit pas de le prévoir,
mais de le rendre possible.“*

Antoine de Saint-Exupéry, La Citadelle (1948)

Im Frühjahr 2020 haben wir auf drastische Weise erfahren, wie fragil unser aller Alltagsleben, wie verletzlich das Wohlbefinden jedes Einzelnen und wie groß die Gefahr einer völligen Überlastung der Gesundheitssysteme in nahezu allen Ländern der Welt ist, wenn ein unscheinbares, aber hochansteckendes Virus wie Sars-Cov-2 und die von ihm ausgelöste Atemwegserkrankung Covid-19 sich zu einer veritablen Pandemie entwickelt. Beinahe täglich sind neue Schreckensmeldungen, immer komplexer werdende Zahlenwerke und Simulationsrechnungen sowie bis dahin im allgemeinen Sprachgebrauch unübliche Vokabeln aus der virologischen und epidemiologischen Fachwelt auf uns eingepresselt. Wer hätte sich noch Anfang dieses Jahres vorstellen können, dass elementare Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt werden und wir in Skype-, Teams- oder Zoom-Konferenzen wie auch in den Medien mehr oder minder häufig mit Themen wie Infektionsrisiken, Ausgangssperren, Schulschließungen, Veranstaltungsverböten, Lockdownfolgen, Reproduktionswerten oder dem Sinn und Zweck von Konfidenzintervallen konfrontiert werden?

Im Nebel ungesicherten Wissens über das neuartige Virus und seine Verbreitungsformen und angesichts großer Ungewissheit über die Wirksamkeit politisch-regulatorischer ebenso wie individueller Entscheidungen mit Blick auf das Einhalten von Mindestabständen, das Tragen von Gesichtsmasken oder „Mund-Nase-Bedeckungen“ etc. stellen sich gleichwohl bereits viele, höchst unterschiedlich gelagerte Fragen, auf die wir wohl erst nach und nach Antworten erhalten dürften: Wird es im Herbst 2020 (für den derzeit eine zweite Infektionswelle befürchtet wird) bereits einen Impfstoff geben, der es uns ermöglicht, in eine Art „post-Covid world“ einzutreten? Oder werden wir auf längere Sicht, vielleicht sogar Jahre lang, mit dem Virus leben (und sterben) müssen? Inwieweit können wir darauf hoffen, dass die in der Krise (notgedrungen)

zurückgewonnene Handlungsmacht seitens der Politik künftig genutzt wird, um eine sozial-ökologische Erneuerung auf allen Ebenen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens voranzutreiben? Wird es uns gelingen, die transformative Kraft für eine grundlegende systemische Veränderung zu entwickeln und auch tradierte Verhaltensmuster, liebgewordene Gewohnheiten und überzogene Erwartungshaltungen abzulegen? Reicht unsere grenzüberschreitende Solidarität so weit, dass wir gemeinsam mit den an Armut und Unterernährung leidenden Menschen in den Ländern der südlichen Hemisphäre an Zukunftsentwürfen arbeiten werden, die tatsächlich für alle Lebewesen auf unserem Planeten den Traum von einer besseren Welt zur realisierbaren Option machen? Oder wird uns gar der sich weiter verschärfende Konflikt zwischen China und den USA (wie derzeit in der Vakzinefrage) in eine Art neuen Kalten Krieg führen?

I. Krisen, Wertewandel und Gemeinwohlorientierung

Tiefgreifende Krisen sind gemeinhin verknüpft mit einem Klima der Verunsicherung, der Sorge um das eigene Wohlergehen und realen Existenzängsten. Indem sie in Schicksalskategorien und Katastrophenmetaphern oder gar als „Schwarze Schwäne“ gefasst werden, bleiben ihre Ursachen zumeist im Dunkeln. Und die meisten Menschen wünschen sich nichts sehnlicher als eine baldige Rückkehr zum status quo ante, der angesichts akuter Bedrohungen von Tag zu Tag heller erstrahlt und gewissermaßen ein „zurück zum Glück“ zu versprechen scheint: Reparatur oder gar Restauration statt Erneuerung?

Doch statt Unsicherheit und Angst dominieren zu lassen und unseren Problemhorizont zu verengen, bietet gerade die Corona-Krise mit ihrem weitgehenden Außerkraftsetzen der üblichen Geschäftigkeit günstige Voraussetzungen für ein grundlegendes Nach-, Neu- und Umdenken. Dies fängt an bei dem, was uns persönlich wirklich wichtig ist und für unser künftiges Verhalten maßgeblich sein sollte, und führt über die Grundprinzipien unseres künftigen Zusammenlebens bis hin zu systemisch und strukturell klug konfigurierten Plänen für eine Post-Corona Gesellschaft, die sich durch eine nachhaltig wirksame Umwelt-, Klima- und Sozialpolitik auszeichnen muss.

Um dahin zu gelangen, gilt es zunächst einmal, neue Sichtachsen zu schaffen, eine intensive Wertedebatte zu führen und sich für eine Streitkultur zu engagieren, die sich durch eine möglichst symmetrische

Dialogbereitschaft, breit angelegte Partizipation und innovative – nicht zuletzt auch digitale – Konsultationsprozesse auszeichnet. Neues, normativ geprägtes Denken in handlungsleitendes Zukunftswissen zu transformieren kann letztlich nur gelingen, wenn alle veränderungsbereiten, einschlägig engagierten Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Kunst und Medien von Anfang an in die Erarbeitung neuer Lösungsansätze einbezogen werden und diese anschließend in ihren jeweiligen Netzwerken auch offensiv vertreten. Die vor uns liegenden, immensen Herausforderungen werden wir letztlich nur bewältigen, wenn wir gemeinsam attraktive Zukunftsbilder entwickeln, kräftige und vor allem wirkmächtige Impulse setzen und nicht zuletzt mutig voranschreiten. Dabei wird es besonders wichtig sein, sich auf starken Gegenwind einzustellen und gleichwohl entschlossen zu handeln.

Wie sehr die Beharrungskräfte auch hierzulande, aber mehr noch in autoritär geführten Ländern wie zum Beispiel Ungarn, Polen, Brasilien und den USA die Corona-Krise schon jetzt zum Anlass genommen haben, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen und die ohnehin immer größer gewordene soziale Spaltung der jeweiligen Gesellschaft ebenso wie die Zerstörung der Umwelt weiter voranzutreiben, können wir beinahe täglich in der Zeitung lesen. Die seitens des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages geforderten – und zum Glück bislang nicht umgesetzten – Maßnahmen, beispielsweise die Wiedereinführung der 48-Stunden-Woche und die Absenkung des Mindestlohns wie auch das Außerkraftsetzen der Klimaziele, mögen hier genügen, um zu verdeutlichen, wie wenig wir damit rechnen können, dass die in der Corona-Krise allenthalben zutage getretenen Missstände, etwa in Flüchtlings- und Asylbewerberheimen, in den Massenunterkünften ausländischer Leiharbeiter und nicht zuletzt in den Schlachthöfen, ohne weiteres wirksam beseitigt werden.

Ein allein an ökonomischen Effizienzkriterien orientiertes Handeln, wie es mittlerweile auch weite Teile unseres Gesundheits- und Bildungswesens erfasst hat, führt dazu, dass privatnützige Gewinnmaximierung immer mehr die Oberhand gewinnt und Kriterien des Gemeinwohls, der Humanität und des gemeinschaftlich-solidarischen Handelns in den Hintergrund treten. Zwar geben uns in der jetzigen Krise vereinzelte, öffentlichkeitswirksame Bekundungen von Respekt, Empathie und Kooperationsbereitschaft durchaus Anlass zu glauben, dass die humanistisch-sozialen Wertorientierungen zumindest hier und da noch vital sind. Aber mit Blick auf eine nachhaltige Zukunftsgestaltung werden wir nicht umhinkommen,

die Grenzen zwischen marktwirtschaftlichem Handeln und öffentlichem Interesse oder Gemeinwohlorientierung neu zu bestimmen.

II. Neue Ziele – Was sich ändern muss...

Da sind zunächst einmal die Wissenschaft selbst und die sie tragenden Institutionen. Universitäten und Wissenschaftsorganisationen haben zwar bereits seit Jahren viel Geld und Personal in die Öffentlichkeitsarbeit investiert. Der enorme Ausbau der Pressestellen, Marketingabteilungen und Eventagenturen hat jedoch nicht dazu geführt, dass über eine rasante Steigerung des Outputs an Broschüren, Newslettern und Social-Media-Aktivitäten hinaus tatsächlich eine größere Vertrauensbildung stattgefunden hätte, zumal vieles in erster Linie als „Werbung in eigener Sache“ wahrgenommen wurde und wird. Hinzu kommt, dass die rasante Ausweitung der Drittmittelaktivitäten und eine zunehmende Tendenz, bereits publizierte Ergebnisse widerrufen und zurückziehen zu müssen, in der Öffentlichkeit verstärkt Zweifel an der unabhängigen, ergebnisoffenen Suche nach neuen Erkenntnissen geweckt haben. Das Ethos epistemischer Rationalität und der mit ihm verbundene, überaus komplexe Prozess organisierter Kritik gerät damit immer mehr unter Verdacht, letztlich bloß externen Interessen zu dienen und es bereitwillig zuzulassen, dass neugewonnenes Wissen in wachsendem Maße Funktionalisierungszwängen unterworfen wird. Vor diesem Hintergrund erscheint mir eine Neubesinnung auf die gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft und ihre Positionierung als Gemeinschaftsgut unausweichlich. Über die zweifellos notwendige Spezialisierung im Forschungsprozess hinaus gilt es, eine integrativ-systemische Perspektive zurückzugewinnen und die weit verbreitete Neigung, Verantwortung zu parzellieren – hier die innerwissenschaftliche, hochspezialisierte Analyse, dort die politische Entscheidungsmacht – durch ein von sorgfältig unterfütterter Überblickskompetenz und Urteilsfähigkeit getragenes Element gesellschaftlicher Systemverantwortung zu ersetzen.

Eine solche, integrativ-systemische Perspektive zu entwickeln impliziert freilich nicht, dass demokratisch legitimierte Aushandlungsprozesse durch eine „Expertokratie“ oder – wie zuletzt gergewöhnt wurde – durch eine „Virokratie“ überlagert oder gar ersetzt würden. Es wird künftig vielmehr darauf ankommen, sich mutig und mit innerer Überzeugung für eine bessere Zukunft einzusetzen, dabei aber zugleich mittels adäquater Dialog- und Partizipationsformen sicherzustellen, dass sich eine Wiederbelebung

der Demokratie von unten mit einer effektiven Form der Entscheidungsfindung verknüpfen lässt. Jenseits des klassischen Sender-Empfänger-Modells muss es also darum gehen, zunächst einmal auch Andersdenkenden zuzuhören, um dann gemeinsam dahin zu gelangen, Wissen und Handeln wieder in Einklang zu bringen.

Wie die letzten Monate gezeigt haben, ist das Auseinanderfallen zwischen Erkenntnissen und Wertvorstellungen einerseits sowie handfesten, vor allem ökonomischen Interessen andererseits besonders groß auf den Feldern der Gesundheitspolitik, der Umwelt- und Klimapolitik sowie der Wirtschaftspolitik mitsamt ihren fatalen Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt – nicht nur in Europa, sondern weltweit. Eine am Wohl der Patienten orientierte Krankenversorgung ist freilich in den meisten Ländern längst gegenüber einem allzu sehr an ökonomische Erfolgsindikatoren gebundenen Krankenhausmanagement in den Hintergrund getreten. Ein effizientes Ausloten der maximalen Auslastungsmöglichkeiten hatte in den letzten Jahren vielfach Vorrang vor dem Erhalt von Reserven und damit der notwendigen Elastizität und Resilienz für den Katastrophenfall. Das trifft mit Abstrichen, wie erst jüngst die Leopoldina in ihrer 4. Ad-hoc-Stellungnahme festgestellt hat, auch für Deutschland zu. Insbesondere das bisherige Fallpauschalen-System gilt ihr als dringend reformbedürftig, da es „grundsätzliche Fehlanreize“ erzeuge, die künftig vermieden werden sollten. Insgesamt gesehen gelte es, eine von gesellschaftlicher Wertschätzung getragene Neubestimmung des Präventions- und Versorgungssystems vorzunehmen, „die innovative Strategien für die Krankenversorgung entwickelt und sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt“.

Die hiermit postulierte Orientierung am Gemeinwohl und am Wohlbefinden jedes Einzelnen wird künftig ebenfalls zur Richtschnur werden müssen für unser Handeln zur Vermeidung von weiteren Umwelt- und Klimaschäden, vor allem jedoch bei der Neubestimmung der Ziele unseres Wirtschaftslebens. Zwar wird bereits seit geraumer Zeit – sowohl in Unternehmerkreisen als auch in den Wirtschaftswissenschaften – gefordert, sich nicht länger nur von Shareholder Value-, Bruttoinlandsprodukt- und anderen, allein auf Wachstumsentwicklungen fokussierten Effizienzkriterien leiten zu lassen, sondern neue Zielvorstellungen und entsprechende Indikatoren zu entwickeln, wie sie derzeit etwa mit dem Schlagwort „Wellbeing“ verknüpft werden. De facto stehen wir auf diesem Feld aber noch am Anfang eines Diskurses, der

dringend über erste Versuche einer Berechnung der Belastungsgrenzen unseres Planeten und über die Neubestimmung der Mindeststandards eines soziökonomisch tragfähigen, menschenwürdigen Daseins hinaus weitergeführt werden muss. Dazu gehört auch eine grundlegende Debatte über Ziele und Wertvorstellungen einer ressourcenschonenden, auch die sozialen und ökologischen Handlungsfolgen einbeziehenden, systemisch angelegten Transformation unserer bisherigen Lebens- und Arbeitsweisen. Letztere kann nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn von vornherein alle relevanten Akteure die Möglichkeit haben, sich an der Entwicklung neuer Ideen und Konzepte beteiligen und diese dann auch sich zu eigen machen zu können.

III. Die Zukunft möglich machen

Die vorherrschenden Zukunftserwartungen in Wirtschaft und Politik richten sich derzeit vor allem darauf, mittels möglichst raschem, weitgehend steuerfinanziertem Konjunkturaufschwung wieder in die Spur wachstumsbasierter Prosperität zurückzukehren. Viele während der Corona-Pandemie zutage getretene Schwächen und Schocks wie etwa Versorgungsengpässe, fehlende (Leih-)Arbeitskräfte, unterbrochene Lieferketten und – selbst innerhalb Europas – kurzfristig verhängte Grenzschließungen haben offenbar nicht zur Folge gehabt, dass die Bereitschaft gefördert würde, über eine Neustrukturierung globalisierter Arbeits- und Produktionsprozesse nachzudenken und sie in sozial-ökologischer Weise neu zu formieren.

Jenseits der mittlerweile wieder vorherrschenden Hektik und Betriebsamkeit wird es jedoch darauf ankommen, realitätsnah und zugleich zukunftssträchtig über Neugestaltungsoptionen nachzudenken und dabei auch fundamental neue Wertorientierungen, Gestaltungschancen und Entwicklungslinien in den Blick zu nehmen, ohne die bestehenden Unsicherheiten und Paradoxien wie auch die zu erwartenden Widerstände außer Acht zu lassen. Erste Hoffnungszeichen für die Bereitschaft in Wirtschaft und Politik, substanzielle Veränderungen bislang fraglos akzeptierter Praktiken herbeizuführen, sollten für uns Anlass sein, auf erneuerter moralisch-konzeptioneller Grundlage weit über die bloße Reparatur sozialer und ökologischer Missstände hinauszugehen. Dann besteht durchaus die Chance, die durch das Virus erzwungenen Einschnitte und Verhaltensänderungen positiv zu wenden und nachhaltig tragfähige Reformen auf den Weg zu bringen, damit eine Welt entsteht, die sich u. a.

auszeichnet durch weniger Überfluss, mehr soziale Gerechtigkeit, größeres Wohlbefinden aller und nicht zuletzt durch sozial-ökologisch erneuertes, CO₂-neutrales Wirtschaften.

Für in der Wissenschaft Tätige wird es vor allem darauf ankommen, die bisherige Zurückhaltung in puncto zielorientiertem Zukunftsstreit aufzugeben und sich mit eigenen Aussagen und möglichen Szenarien vorzuwagen. Dabei wäre auch eine intellektuell begehbare Brücke zu bauen, die sich von der Lebensphilosophie (also dem Verhältnis des Menschen zu sich selbst und zu seiner Umwelt) über eine auf Transparenz und Partizipation angelegte Institutionenlehre bis hin zu einer systemisch ausgerichteten Rechtstheorie erstrecken müsste. Es gilt mehr denn je, den Mut aufzubringen, Herausforderungen und Handlungserfordernisse klar zu benennen, damit frühzeitig nachhaltig wirksame Gestaltungsstrategien im Sinne des Allgemeinwohls entwickelt werden können, und so dazu beizutragen, eine für uns alle lebenswerte Zukunft möglich zu machen.